

(Staatsminister v. Sehdewitz.)

(A) Gedeihen unseres Eisenbahnunternehmens. Ein gewisser Widerstreit der Interessen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ergibt sich aber leicht daraus, daß der Unternehmer aus wirtschaftlichen Gründen eine volle Ausnützung der Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft anstrebt, während die Arbeiter es als ihr Ideal ansehen, möglichst günstige Arbeitsbedingungen, also in der Hauptsache hohe Löhne bei kurzer Arbeitszeit zu erreichen. Hier muß der richtige Mittelweg gefunden werden: Das berechnete Bestreben des Unternehmers nach Ausnutzung der Arbeitskraft darf nicht in Ausbeutung ausarten, und andererseits darf der berechnete Wunsch der Arbeiter nach möglichst günstigen Lebensbedingungen nicht dazu führen, daß an die Stelle angestrengten Fleißes mehr oder weniger der Hang zur Bequemlichkeit tritt. Beiderlei Art Übertreibung ist nicht am Platze und müßte schon aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten bekämpft werden. Ein Raubbau an der Arbeitskraft widerstreitet ebenso den allgemeinen Interessen wie deren Vergeudung durch unzulängliche Ausnutzung.

(Sehr richtig!)

Mit dem jetzigen Stücklohnsystem in den Eisenbahnwerkstätten — das ja auch grundsätzlich von einigen der Herren Redner heute gebilligt worden ist — hat man diese Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen versucht. Es mögen sich dabei in mancher Beziehung, namentlich durch den Einfluß der Kriegsverhältnisse, Unstimmigkeiten ergeben haben. Das eine aber wird man dem geltenden System keinesfalls abstreiten können, nämlich, daß unter seiner Herrschaft eine ganz erhebliche Steigerung der Löhne eingetreten ist. Dies geht aus der Tabelle auf S. 50 des Berichtes der Finanzdeputation A unwiderleglich hervor. Denn während die dort aufgeführten Handwerker im Jahre 1913 einen durchschnittlichen Stundenverdienst von 67 bis 70 Pf. erzielten, hat dieser Verdienst sich bis in die neuere Zeit ganz wesentlich erhöht: In den bei weitem meisten Fällen wird hier nach in der Stunde mehr als 1 M. verdient, es finden sich darunter sogar Stundenlöhne von 1 M. 20 Pf. und 1 M. 45 Pf. Hierzu kommen die Teuerungszulagen, die sich z. B. bei einem verheirateten Arbeiter mit drei Kindern auf 46 bis 58 M. monatlich belaufen, sowie ferner die wiederholt gewährten einmaligen Teuerungszulagen. Eine weitere Verbesserung ist durch die ab 1. April dieses Jahres eingetretene Steigerung der Stücklöhne um 5 Prozent eingetreten, die natürlich in der Tabelle auf S. 50 nicht mit berücksichtigt sind, weil die Tabelle früher aufgestellt worden ist. Diese neue Steigerung tritt also den Angaben auf der Tabelle neben den Teuerungszulagen noch

hinzu. Man wird somit von besonders ungünstigen Verhältnissen keinesfalls sprechen können. Ich wiederhole aber, daß ich mich gegenüber etwaigen Unstimmigkeiten, die sich aus dem System ergeben sollten, keinesfalls verschließen werde und habe, wie den Herren ja bekannt ist, bereits vor Monaten eine besondere Kommission eingesetzt, der die Aufgabe zugewiesen worden ist, unter Zuziehung von Arbeitern alle einschlagenden Verhältnisse zu prüfen und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Bei der Zusammensetzung dieser Kommission können Sie das volle Vertrauen zu ihr haben, daß sie alles daran setzen wird, ihrer Aufgabe gerecht zu werden und die Berücksichtigung berechtigter Interessen herbeizuführen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich nicht unterlassen, Herrn Abgeordneten Günther besonders zu danken, daß er sich so warm der Ehre der Werkstättenbeamten und Werkstättenarbeiter angenommen hat. Herrn Castan möchte ich noch erwidern, daß ein Arbeiter, der als Beamter angestellt ist und hierdurch in seinem Einkommen zurückgeht, durch Gewährung eines entsprechenden Ausgleichsbetrages entschädigt wird. Die Anstellung als Beamter kann also für einen Arbeiter keine finanzielle Einbuße mit sich bringen. Seine vielfachen Klagen über zu lange Dienst-, zu wenig Ruhezeiten dürften, soweit sie zutreffen, was ich jetzt nicht nachprüfen kann, eben in den ganz außergewöhnlichen Verhältnissen des Krieges begründet sein. Eben, meine Herren, daß diese Kriegsverhältnisse zu solchen Erschwernissen führen und daß diese Erschwernisse von Beamten und Arbeitern willig und ohne Murren getragen worden sind, das ist der Grund für den Dank und die Anerkennung, die Sie der Beamtschaft und den Arbeitern vorhin gespendet haben.

Dann hat Herr Abgeordneter Castan noch die Frage der Einführung der Kunze-Knorr-Bremse erwähnt und um Auskunft über ihre wirtschaftliche Wirkung gebeten. Wir werden diese Bremse natürlich auch einführen. Es handelt sich dabei um eine große Sache, denn der Gesamtaufwand allein für Sachsen wird einen Betrag von mehr als 20 Millionen Mark darstellen. Die Anlage dieses Kapitals wird aber vorteilhaft sein. Außer zahlreichen anderen Vorteilen wird die Einrichtung auch das Gute haben, daß man an Fahrpersonal sparen können, und zwar wird man voraussichtlich schon im Jahre 1921 mit Abminderung des Fahrpersonals beginnen können. Nach und nach, und zwar bis zum Jahre 1929, wird man das ganze Anlagekapital von 21 Millionen Mark namentlich durch Verminderung des Fahrpersonals getilgt haben. In den folgenden Jahren werden sogar gegen jetzt noch Erspar-